

Konversion rückwärts: Wiederaufrüstung in Baden-Württemberg

von Alexander Kleiß



Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw. Quelle: IMI

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. KSK-Standort Calw und die Suche nach einem neuen Absprunggelände	2
3. Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim	6
4. Coleman-Areal in Mannheim	10
5. Fazit	11
Anmerkungen	15

1. Einleitung

2010 war die Neuausrichtung der Bundeswehr beschlossen worden, welche unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht und eine deutliche Reduzierung des Streitkräfteumfangs beinhaltete. 2011 folgte das entsprechende Stationierungskonzept: Der Personalumfang sollte allein in Baden-Württemberg um mehr als 10.000 Dienststellen reduziert werden. 13 Standorte sollten hier geschlossen oder signifikant reduziert werden, unter anderem der Standort Hardheim.¹ Dadurch sollten mehrere Flächen ihren Status als militärisches Sperrgebiet verlieren. Somit stand einer Konversion zahlreicher vormals militärisch genutzter Flächen nichts mehr im Wege. Konversion ist eine Bezeichnung für die Umwidmung militärischer Liegenschaften für zivile Zwecke.

Doch nicht nur Flächen, die vorher durch die Bundeswehr genutzt wurden, hatten die Perspektive auf eine zivile Nutzung. Auch die US-Armee hatte bekannt gegeben, einige zuvor militärisch genutzte Flächen aufgeben zu wollen, was vor allem den Raum Mannheim / Heidelberg betraf. Die Stadt Mannheim rich-

tete 2010 eine Geschäftsstelle „Konversion“ ein, um die Überführung in die zivile Nutzung zu koordinieren.

Konversion kann für die von Standortschließungen betroffenen Gemeinden und Städte durchaus auch wirtschaftlich positive Effekte haben. Eine Studie aus dem Jahr 2010, die über 100 Regionen, in denen Bundeswehrstandorte geschlossen wurden, untersucht, kommt zu dem Ergebnis, dass die Schließung von Bundeswehrstandorten keinen signifikant negativen Einfluss auf die sozioökonomische Situation in der Umgebung hatte: „[...] in Deutschland hatten Standortschließungen kaum Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. Standortschließungen, die als Teil der Modernisierung der Bundeswehr ab 2003 umgesetzt wurden, hatten keinen signifikanten sozioökonomischen Effekt auf die umliegenden Gemeinden.“² Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Militärstützpunkten auf die Umgebung würden überschätzt. Außerdem habe die Konversion der militärischen Liegenschaften äußerst positive Einflüsse auf die Umgebung gehabt: „Durch die Konversion und die Folgenutzung dieser Militärbasen wurden neue Arbeitsplätze geschaffen und diejenigen, die ihre Stelle verloren hatten, konnten oft neu beschäftigt werden, was die negativen Auswirkungen von Standortschließungen abschwächt. Diese neuen (zivilen) Entwicklungsprojekte erzeugen voraussichtlich einen substanziellen Anstieg an Steueraufkommen [...]“³

Wie oben beschrieben standen die Zeichen 2010 bis 2012 auf Konversion. Mittlerweile ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Sowohl das deutsche als auch das US-amerikanische Verteidigungsministerium revidierten Entscheidungen in Fällen, in denen Konversion vorgesehen war. Aufgegebene Flächen werden wieder in Betrieb genommen, Konversions- und Standortschließungsprozesse werden verzögert und nun sollen sogar bisher zivile Flächen künftig militärisch genutzt werden.

Dieser aktuelle Trend lässt sich mit dem neu einzuführenden Begriff „Gegenkonversion“ beschreiben. Unter Konversion versteht man die Umwidmung vormals militärischer Ressourcen und Liegenschaften für zivile Zwecke. Gegenkonversion beschreibt das Gegenteil. Es lassen sich drei verschiedene Formen von Gegenkonversion unterscheiden:

1. Die Inbesitznahme ziviler Flächen durch das Militär, teilweise um den Verlust von (anderen) Flächen, die einer zivilen Nutzung zugeführt werden sollen, auszugleichen.
2. Die Reaktivierung aufgegebener Flächen, Liegenschaften und Ressourcen
3. Den Abbruch oder die Verzögerung eines Konversionsprozesses

In Baden-Württemberg lassen sich für jede der drei Formen von Gegenkonversion Beispiele finden. Ziel dieser Studie soll eine qualitative Betrachtung von drei Beispielen für Gegenkonversion in Baden-Württemberg sein:

1. Die Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, die seit 1996 vom Kommando Spezialkräfte (KSK) genutzt wird, und andere Liegenschaften in deren Umgebung mit KSK-Bezug. Ein besonderer Schwerpunkt wird die aktuelle Suche nach einem neuen Absprunggelände für das KSK sein.

2. Die Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim, die im Zuge des neuen Stationierungskonzeptes geschlossen werden sollte, 2016 tatsächlich verlassen wurde, und seit Oktober 2017 wieder von der Bundeswehr in Betrieb genommen wird. Ab 2020 soll dort der Gefechtsstand eines NATO Special Operations Component Command (SOCC) untergebracht sein.

3. Das Coleman-Areal in Mannheim, welches sich in Verwaltung der US-Armee befindet und eigentlich aufgegeben und zivil genutzt werden sollte, nun jedoch bis auf weiteres als Lagerstätte für Panzer dient, sodass diese im Falle einer Konfrontation mit Russland schnell nach Osteuropa verlegt werden könnten.

Dabei sollen Antworten auf folgende Fragen gefunden werden: Wie läuft Gegenkonversion ab? Wie wird sie legitimiert? Wie reagiert die Bevölkerung auf diese Legitimationsversuche? Welche Formen von Protest gibt es? Was ist von der Bürger_innenbeteiligungs-Offensive der Landesregierung zu halten?

Die drei genannten Fälle wurden ausgewählt, weil sie jeweils eine der beschriebenen Formen von Gegenkonversion exemplarisch darstellen und weil sie alle in Baden-Württemberg liegen und somit gut vergleichbar sind, da ähnliche politische Rahmenbedingungen bestehen. Sie unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihrer Lage im städtischen oder ländlichen Raum, in ihrer militärischen Funktion und in der Tatsache, dass Calw und Hardheim von der Bundeswehr genutzt werden, wohingegen die militärischen Flächen in Mannheim von der US-Armee beansprucht werden. Möglicherweise lassen sich aus den Unterschieden zwischen den Fällen Unterschiede in der Form der Legitimation von Gegenkonversion und in der Haltung der Bevölkerung und der Lokalpolitiker_innen erklären.

Im folgenden werden die drei Standorte Calw / Haiterbach, Hardheim und das Coleman-Areal in Mannheim vorgestellt, wobei die Bedeutung der Standorte für die jeweilige Region, Interaktionen mit dem zivilen Umfeld, Konversionsperspektiven, der aktuelle Stand der Konversion und Reaktionen aus der Bevölkerung erläutert werden. Zum Schluss werden die bisherigen Ergebnisse in den globalen Kontext eingeordnet und Ministerpräsident Kretschmanns „Politik des Gehörtwerdens“ im Zusammenhang mit Gegenkonversionsentscheidungen bewertet werden. Außerdem sollen die lokalen Unterschiede verglichen werden.

2. KSK-Standort Calw und die Suche nach einem neuen Absprunggelände

Tief im ländlich geprägten Nordschwarzwald, zwischen Pforzheim und Stuttgart, liegt die von 23.000 Einwohner_innen bewohnte Kleinstadt Calw. Direkt an die Stadt angrenzend liegt die Graf-Zeppelin-Kaserne mitsamt Standortübungsplatz, in der die Soldat_innen⁴ der Bundeswehr-Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) stationiert sind. 1540 Angestellte der Bundeswehr tun hier ihren Dienst.⁵ Der Anteil der Kommandosoldaten ist nicht genau bekannt, ist jedoch mit ungefähr 400 zu beziffern. Das KSK wurde 1996 gegründet und ist offiziell vor allem für die Evakuierung deutscher Staatsbürger_innen in Krisengebieten, Kommandoeinsätze im feindlichen Gebiet, die Festnahme von Kriegsverbrecher_innen, Aufklärung und Militärberatung zuständig. Tatsächlich wurde die Einheit in den letzten Jahren jedoch hauptsächlich im „Krieg gegen den Terror“ eingesetzt. Terrorverdächtige werden dabei gezielt getötet – die Unschuldsvermutung gilt in diesem Fall nicht.⁶ Operationen, Training, Identität und Zahl der Elitekämpfer unterliegen strengster militärischer Geheimhaltung. Sie operieren auch verdeckt und zum Teil in zivil. Die Öffentlichkeit und selbst der Bundestag werden nur unzureichend über Einsätze des KSK informiert.⁷ Über Tötungen gegnerischer Kämpfer_innen oder Zivile_innen durch das KSK und eigene Verluste gibt es keine offiziellen Angaben. Eine parlamentarische Kontrolle, wie sie eigentlich gesetzlich vorgesehen wäre, ist somit nicht möglich. Durch die Geheimhaltung gibt es auch kaum erkennbare Verflechtungen zwischen KSK und den Einwohner_innen Calws. Die Kommandosoldaten, die zum Teil mit ihren Familien in Calw leben, gehen mit ihrer Tätigkeit sehr diskret um.⁸

Calw blickt auf eine lange Tradition als Militärstandort zurück. Vor der Gründung des KSK war in der Graf-Zeppelin-Kaserne ab 1961 die Luftlandebrigade 25 stationiert, die 1996 aufgelöst



Die Graf-Zeppelin-Kaserne und das dazugehörige Übungsgelände in Calw. Quelle: IMI

wurde und daraufhin zum Teil im KSK aufging. Vor 1996 gab es mehr Kontakt zwischen Soldat_innen und Calwer Bürger_innen.

Sowohl Lokalpolitiker_innen und Gewerbetreibende als auch KSK-Vertreter betonten in der Vergangenheit immer wieder die wirtschaftliche Bedeutung des KSK für Calw und die Region. Inwiefern das weitgehend isolierte KSK tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft der Kleinstadt hat, ist u.a. wegen der Geheimhaltung schwer nachprüfbar. Das Militärgelände blockiert wirtschaftlich nutzbare Flächen im Osten der Stadt und ob das KSK „ein weltweiter Werbeträger für die Stadt“⁹ ist, wie vom Vorsitzenden des Calwer Gewerbeverbandes behauptet, ist angesichts des eher negativen Images des KSK, das auch immer wieder durch rechtsradikale Entgleisungen auffällt,¹⁰ zweifelhaft. Dennoch profitieren einige Unternehmen vom KSK, vor allem von Neubauten auf dem Kasernengelände. Entsprechende Aufträge würden bevorzugt „an Unternehmen in der Region“ vergeben, wenn dies „zulässig und erlaubt“ sei, so der damalige KSK-Kommandeur Dag-Baehr bei der Verleihung des Calwer Löwen, einer Auszeichnung durch den Calwer Gewerbeverband im Januar 2017.¹¹ Die Würdigung des KSK durch die lokale Wirtschaft weist auf die Verflechtungen zwischen Militär und regionalen Unternehmen hin, die von der Militärpräsenz profitieren. In der Gesamtheit profitieren von der KSK-Präsenz jedoch vor allem einzelne Unternehmen im Bau- und Rüstungsbereich. Es ist jedoch zu bezweifeln, ob das KSK darüber hinaus substantiell für nachhaltige und branchenübergreifende Gewinne in der Region sorgt.

Der Standort Calw war neben den Standorten Donaueschingen und Stetten am kalten Markt der einzige Militärstützpunkt, der im Zuge des neuen Stationierungskonzepts 2011 eine Aufwertung erfuhr. Während Donaueschingen von 750 auf 870 Dienststellen nur geringfügig anwuchs und sich Stetten am kalten

Markt nur wegen der Verlegung von Bataillonen, die zuvor in den mittlerweile aufgegebenen Standorten Immendingen und Sigmaringen stationiert waren, vergrößerte, erfuhr Calw eine Erhöhung von 1330 auf 1540 Dienststellen, die nur auf eine allgemein gestiegene Bedeutung von Spezialkräften zurückgeführt werden kann.¹² Das KSK ist somit in Baden-Württemberg die einzige Einheit, der in ihrer Bedeutung und den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen eine tatsächliche, relevante Aufwertung zuteil wurde. Dies manifestiert sich auch in Form zahlreicher Investitionen am Standort Calw. Der Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel schätzt, dass „in den vergangenen 20 Jahren mehr als 100 Millionen Euro in den Standort Calw investiert worden sind“.¹³ Allein im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 seien 17,5 Millionen Euro für die Infrastruktur der Graf-Zeppelin-Kaserne ausgegeben worden, so das Verteidigungsministerium. Laufende Kosten sind hier nicht mit einberechnet.¹⁴ Hinzu kommen nun neue Investitionen: Momentan entsteht auf dem Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne ein multifunktionales Trainingszentrum, das nicht nur Sporthallen und ein Hallenbad umfasst, sondern ein komplexes Bauvorhaben ist, in das eine erhebliche Geldsumme fließt. So werden z.B. Möglichkeiten geschaffen, den Absprung aus einem Hubschrauber in ein Gewässer – auch bei hohem Wellengang – zu simulieren, wofür ein entsprechend großes und tiefes Becken, ein hoher Sprungturm und moderne Technik benötigt werden. Außerdem sind physiotherapeutische und sportmedizinische Einrichtungen Teil des neuen Trainingszentrums. Auch der Rumpf eines Flugzeugs wurde zu Trainingszwecken nach Calw gebracht. Außerdem werden momentan die Unterkünfte der Spezialeinheit ausgebaut, da diese zu klein und nicht ausreichend seien. Dieser Umbau soll bis 2023 dauern, was auf einen hohen Umfang der Baumaßnahmen hindeutet. 2018 soll ein neues, vorgelagertes Wachgebäude

fertiggestellt werden, wodurch sich der umzäunte Militärbereich vergrößert. Bisher zivil genutztes Stadtgebiet wird zur militärischen Sperrzone.¹⁵

Besonders kontrovers diskutiert werden jedoch die Planungen für ein neues Gelände, auf dem die Kommando-Soldaten den Absprung aus Flugzeugen und Helikoptern üben sollen. Bisher trainierte das KSK die Absprünge an mehreren Orten, wie in Calw selbst oder auf anderen Truppenübungsplätzen der Bundeswehr oder verbündeter Staaten, aber auch an Orten, die nicht als militärische Sperrzone gelten, so beispielsweise kürzlich auf einem zivilen Flugplatz bei Bautzen (Sachsen)¹⁶, an der Nagoldtalsperre oder in Wendelsheim bei Tübingen (beide Baden-Württemberg). Auch in Haiterbach übte das KSK bereits gelegentlich nachts Fallschirmabsprünge.¹⁷ Offiziell wurden Absprungübungen aber vor allem auf dem Flugplatz Renningen-Malmsheim im Kreis Böblingen durchgeführt. Direkt angrenzend befindet sich jedoch das Zentrum für Forschung und Entwicklung der Firma Bosch, das rund 1700 Arbeitnehmer_innen beschäftigt. Da das Forschungszentrum ausgebaut wird, soll das KSK weichen und sucht nun nach einem neuen Absprunggelände. Dabei wird verschwiegen, dass das KSK die Absprünge auch an zahlreichen anderen Orten trainiert. Auf dem neuen Absprunggelände sollen das KSK und US-Streitkräfte jeweils 60 Tage im Jahr trainieren. Bei 120 Übungstagen pro Jahr würde dort durchschnittlich jeden dritten Tag geflogen werden. Hauptsächlich sollen die großen Transportflugzeuge Transall C-160 und Hercules C-160 sowie Hubschrauber und kleinere Flugzeuge eingesetzt werden.¹⁸ Die Lärmbelastung für die benachbarten Gemeinden wäre voraussichtlich sehr hoch, bisher jedoch kaum kalkulierbar.

Gemeinsam mit dem Bund machte sich das Land Baden-Württemberg auf die Suche nach einem neuen Übungsgelände und nahm dabei 38 Standorte in die engere Auswahl. Favorisiert wird der Segelflughafen Haiterbach-Nagold, der bisher durch den Flugsportverein Haiterbach/Nagold zivil genutzt wird. Es han-

delt sich somit um ein typisches Beispiel für den aktuellen Trend der Gegenkonversion.

An den Tagen, an denen die Bundeswehr den Flugplatz nicht durch Militärübungen blockiert, könnte der Flugsportverein ihn weiterhin nutzen. Dies wäre eine zivil-militärische Zusammenarbeit, die allerdings asymmetrisch gestaltet wäre, weil die Bundeswehr letztendlich entscheiden würde, wer wann den Flugplatz nutzen darf. Im Gegenzug würde der Flugsportverein eine besser ausgebaute Start- und Landebahn erhalten, die das KSK ohnehin benötigt.

Durch den Ausbau des Flughafens und den anschließenden Übungsbetrieb wird es absehbar zu Umweltschäden kommen. Im Zuge des Planfeststellungsverfahrens ist eine Umweltverträglichkeitsstudie geplant. Der Obst- und Gartenverein Haiterbach (OGV), der sich in direkter Nachbarschaft zum Flugplatz befindet, lehnt das KSK-Übungsgelände aus Natur-, Arten- und Lärmschutzgründen ab. Der Fluglärm löse Fluchtinstinkte bei mehreren vom Aussterben bedrohten Vogelarten - vor allem Greifvögeln und Streuobstvögeln - aus.¹⁹

Das neue Absprunggelände soll eine Fläche von 55 Hektar umfassen. Hierfür müsste der bisherige Flugplatz erheblich erweitert werden. Die dafür erforderlichen Flächen befinden sich momentan im Besitz von etwa 50 verschiedenen Eigentümer_innen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Davon werden allein 39 Hektar von drei Landwirten bewirtschaftet. Sie stehen vor einem existenziellen Problem. Von der Landsiedlung (einer GmbH des Landes Baden-Württemberg, die für Immobilienangelegenheiten zuständig ist), die als Verhandlungspartner fungiert, wurden zwar Ersatzflächen angeboten; diese sind jedoch weiter entfernt von den Höfen der Landwirte und wären somit durch die weiteren Wege nicht wirtschaftlich. Außerdem würde das zusammenhängende Anbaugelände zersplittert. Sogar die Verhandlungspartner_innen der Landsiedlung, die für das Land verhandeln und somit eigentlich



Auf dem Segelflughafen in Haiterbach soll das KSK künftig Fallschirmabsprünge trainieren. Quelle: IMI



Plakat der BI gegen das militärische Absprunggelände in Haiterbach. Quelle: IMI

auf der Gegenseite stehen, halten die geforderten Gebietsabtritte für existenzgefährdend. Die drei Landwirte möchten ihre Böden, die zu den fruchtbarsten in der Region gehören, nicht verkaufen. Anfangs beteuerten Regierungsvertreter_innen, Enteignungen werde es nicht geben. Mittlerweile wird der Druck auf die Grundeigentümer_innen erhöht und Enteignung als letztes Mittel angedroht. Die Landwirte lassen sich davon jedoch bisher nicht einschüchtern.²⁰

In der ländlichen Region formiert sich Widerstand. Schon kurz nach dem Bekanntwerden des Projekts gründete sich die Bürger_inneninitiative (BI) „Kein Fluglärm über Haiterbach und für einen Bürgerentscheid“. Die Mitglieder dieser BI engagieren sich in erster Linie nicht aus antimilitaristischen Gründen gegen das Absprunggelände des KSK, sondern vielmehr wegen des zu befürchtenden Fluglärms, Bedenken bezüglich des Umweltschutzes und zur Unterstützung der von Enteignung bedrohten Landwirte. Ziel der BI ist die Verhinderung des Absprunggeländes bei Haiterbach, was bestenfalls durch einen Bürgerentscheid erreicht werden soll. Problematisch daran ist jedoch, dass die Entscheidung über die Realisierung des Absprunggeländes auf Bundesebene – konkret: beim Luftfahrtamt der Bundeswehr – getroffen wird. Im Zuge des Genehmigungsverfahrens würden externe Gutachten zu Naturschutz, Lärmschutz, Wasser- und Bodenschutz etc. erforderlich. Die betroffenen Kommunen haben ein förmliches Anhörungsrecht, verfügen jedoch über keinerlei Entscheidungskompetenzen.²¹ Insofern hat ein Bürgerentscheid auf Kommunalebene keinen direkten Einfluss auf die Entscheidung, die letztendlich bei der Bundeswehr selbst liegt. Ein Bürgerentscheid auf Kommunalebene über die Positionierung des Gemeinderats, der zumindest ein Anhörungsrecht hat, ist damit die einzige formale Möglichkeit der Einflussnahme durch die betroffenen Bürger_innen und die BI. Mit der Durchsetzung eines ebensolchen Entscheids auf Kommunalebene erreichte die BI Ende Juni 2017 einen ersten Teilerfolg.

Die Fragestellung des Entscheids, der am 24. September 2017 im Zuge der Bundestagswahl durchgeführt wurde, lautete: „Sind Sie dafür, dass die Stadt Haiterbach alle rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreift, um zu erreichen, dass das geplante KSK-Übungsgelände mit Flugplatz beim Dürrenhardter Hof nicht realisiert wird?“ Das Ergebnis war ein klares „Nein“ zum Übungsgelände des KSK. Bei einer Wahlbeteiligung von 70,6% stimmten 61,02% der Bürger_innen dem Antrag zu.²² Nun darf der Gemeinderat für drei Jahre keine Entscheidungen mehr zugunsten des Absprunggeländes treffen. Auch rechtliche Mittel gegen das Übungsgelände müssen ausgeschöpft werden. Die militärische Nutzung des Flugplatzes könnte zwar trotzdem durch die Bundeswehr erzwungen werden, möglicherweise führt eine ablehnende Haltung der Gemeinde jedoch zu einem Umdenken. Die Stadt Haiterbach beauftragte eine renommierte Berliner Anwaltskanzlei, das Projekt juristisch zu verhindern.²³

Ein Umdenken bezüglich der Wahl des Ortes für das Absprunggelände ließ sich bereits direkt nach der Bekanntgabe eines Bürgerentscheids beobachten: Auf dem Beteiligungsportal wurde eine Liste von alternativ infrage kommenden Standorten veröffentlicht, auf der Haiterbach/Nagold nach wie vor als Favorit gilt.²⁴ Die Suche nach Alternativen scheint im Hintergrund wieder in Gang zu kommen, was für die BI einen Teilerfolg darstellt, aber die Inbesitznahme ziviler Flächen durch das Militär nicht grundsätzlich hinterfragt und schon gar nicht langfristig verhindert. Ob die Bundeswehr sich traut, das Absprunggelände auch gegen wachsenden Widerstand aus der Bevölkerung vor Ort durchzusetzen, wird dennoch eine spannende Frage bleiben. Jüngst verkündete ein Sprecher des Staatsministeriums in Stuttgart: „Es gibt derzeit keinen Plan B.“²⁵ Das klingt nicht nach Kompromissbereitschaft.

Mehrere Lokalpolitiker_innen – u.a. der Bürgermeister von Haiterbach – versuchen, das unbeliebte Projekt dadurch zu legitimieren, dass sie vom Bund eine Gegenleistung für die militä-

rische Nutzung des Flugplatzes erwarten. Diese Gegenleistung könnte z.B. aus dringend nötigen Infrastrukturmaßnahmen wie neuen Straßen bestehen. Entsprechende Entscheidungen werden jedoch auf Bundesebene durch die Bundeswehr bzw. durch das Verteidigungsministerium selbst getroffen. Die betroffenen Kommunen haben also keine gute Verhandlungsposition. Vielmehr befinden sie sich in einer Bittstellerrolle. Außerdem wird in dieser Form der Legitimation des Absprunggeländes ausgeklammert, dass es viele gute antimilitaristische und friedenspolitische Gründe gibt, gegen das KSK zu sein (s.o.). Diese Gründe werden – selbst im Falle eines Abkommens zwischen den Kommunen und dem Land über neue Infrastruktur – keineswegs entkräftet, sondern vollends in den Hintergrund gerückt.

Häufig soll eine Legitimation für das Absprunggelände durch den Verweis auf die umfassende Bürger_innenbeteiligung zum frühestmöglichen Zeitpunkt des Verfahrens²⁶ hergestellt werden. Genau genommen handelt es sich jedoch nicht um Bürger_innenbeteiligung im engeren Sinne, sondern vielmehr um eine Informationsoffensive, um den politischen Kurs der Regierenden besser rechtfertigen zu können und bei den Betroffenen ein Gefühl der Beteiligung herzustellen. Im Beteiligungsverfahren sind nämlich keinerlei konkrete Möglichkeiten zur Mitbestimmung vorgesehen. Es handelt sich also vielmehr um eine Scheinbeteiligung. Patrizia Nanz und Miriam Fritsche, die beide zu zivilgesellschaftlicher Partizipation forschen, schreiben hierzu: „Oftmals werden partizipative Prozesse lediglich mit dem Ziel initiiert die Beziehung zwischen Bürgerschaft auf der einen und Verwaltung und Politik auf der anderen Seite zu verbessern – ohne dass es einen echten Handlungsspielraum gibt, weil die wesentlichen Entscheidungen bereits getroffen wurden.“²⁷ Im Falle der Bürger_innenbeteiligung in Nagold und Haiterbach scheint es sich um eine solche Scheinbeteiligung zu handeln, da zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stand, ob das KSK ein neues Übungsgelände zugeteilt bekommt. Selbst der favorisierte Standort (Haiterbach/Nagold) sollte nicht zur Debatte gestellt werden. Es gibt keinen echten Handlungsspielraum, da wesentliche Entscheidungen trotz des frühen Zeitpunkts der (Schein-)Beteiligung bereits getroffen waren. Auf dem Beteiligungsportal Baden-Württemberg wird von der Landesregierung auch mehr oder weniger offen zugegeben, dass Mitbestimmung höchstens über ein „Wie“, nicht aber über ein „Ob“ des Projekts zugelassen wird: „In [sic!] Zusammenhang mit dem weiteren Verfahren ist auch wichtig, dass Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie nicht verwechselt werden dürfen. Die vom Haiterbacher Gemeinderat zur Abstimmung vorgesehene Fragestellung bezieht sich auf das ‚Ob‘ des Projekts und die Haltung der Stadt dazu. Diese Entscheidung über das Projekt liegt aber beim Bund. Das Votum wird zur Kenntnis genommen, aber Bundesbehörden entscheiden im Rahmen eines gesetzlich vorgegebenen Verfahrens. Die vom Land vorangetriebene Bürgerbeteiligung dagegen dreht sich um das ‚Wie‘ des Projekts. Sie sucht nach Planungsspielräumen, nach Verbesserungen des Projekts.“²⁸ Was die betroffenen Bürger_innen jedoch zu Recht einfordern, ist keine Mitbestimmung über kleine Details der Militarisierung des Flugplatzes. Vielmehr wollen sie selbst entscheiden, ob sie das KSK in ihrer Nachbarschaft trainieren lassen möchten oder nicht. Als Winfried Kretschmann 2011 zum ersten „grünen“ Ministerpräsidenten Baden-Württembergs gewählt wurde, trat er mit dem Versprechen einer „Politik des Gehörtwerdens“²⁹ an. Tatsächlich handelt es sich bei seiner Politik aber lediglich um eine „Politik des Informiertwerdens“. Die Stimme der Bürger_innen wird im vorliegenden Fall zwar vielleicht gehört, aber bisher ignoriert.

3. Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim

Im zweiten untersuchten Fall – Hardheim – ist die Ausgangslage in mehrerlei Hinsicht ähnlich wie in Calw: Auch Hardheim (Neckar-Odenwald-Kreis) liegt im ländlichen Raum. Allerdings ist Hardheim mit knapp 7.000 Einwohner_innen deutlich kleiner als Calw. Die Bundeswehr gilt als wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region. Die Gemeinde teilt auf ihrer Internetpräsenz mit: „Hardheim ist eine Gemeinde, in der sich für Betriebe und Firmen eine Ansiedlung lohnt. Die Wirtschaftsdaten sprechen für sich. Für die Bevölkerung gibt es gute Gründe in Hardheim zu wohnen. [...] Auch die Bundeswehr ist ein wichtiger Teil unserer Gemeinde.“³⁰ Achim Brötel, ein CDU-Landrat aus der Region, betonte kürzlich: „Der Neckar-Odenwald-Kreis ist schon seit jeher ein stolzer Garnisonslandkreis gewesen.“³¹ Die Bundeswehr ist in Hardheim und darüber hinaus in den benachbarten Gemeinden Kilsheim und Walldürn fest verankert. Bereits seit 1961 ist die Carl-Schurz-Kaserne, in der bis 2016 ein Sicherungsbataillon und zuvor ein Panzerflugabwehrkanonenbataillon stationiert war, ein Teil Hardheims. Im Zuge des neuen Stationierungskonzepts 2011 plante das Verteidigungsministerium, den Standort aufzulösen und die Liegenschaft im Juni 2017 der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zu übergeben. Die Lokalpolitiker_innen reagierten bestürzt und wehmütig. Im Dezember 2015 wurde das in Hardheim stationierte Sicherungsbataillon feierlich außer Dienst gestellt.³² Bereits im September 2015 trat der Bund vier Unterkunftsgebäude der Kaserne an das Land ab. Von da an waren in der Carl-Schurz-Kaserne, die nun in Teilen zur Landeserstaufnahmeeinrichtung umfunktioniert wurde, für ein Jahr bis zu 750 geflüchtete Menschen untergebracht. Im Juni 2016 wurde die Kaserne tatsächlich durch die Bundeswehr aufgegeben.

Dies hätte der Beginn einer zivilen Nutzung des Areals sein können. Doch auch die Erstaufnahmeeinrichtung wurde drei Monate später geschlossen. Zur vollständigen Konversion des Standorts kam es nie. Im Dezember 2016 verkündete die Bundeswehr, die Kaserne nun doch weiter nutzen zu wollen. Zum 1. Oktober 2017 zog dort eine neue Stabs- und Führungsunterstützungskompanie ein.³³ Diese Einheit ist dem Kommando Spezialkräfte (KSK) unterstellt. Die Hauptaufgabe der neuen Einheit ist die Bereitstellung eines Gefechtsstands, in dem ab 2020 ein NATO Special Operations Component Command (SOCC) Spezialkräfte mehrerer NATO-Mitgliedstaaten im Einsatz führen soll, wie die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bestätigte. Für den Standort habe es „überzeugende Argumente“ gegeben, so von der Leyen weiter. Vor allem der Bundestagsabgeordnete Alois Gering (CDU), der aus der Region stammt, hatte sich für eine Reaktivierung der Kaserne eingesetzt.³⁴ 175 Soldat_innen der Bundeswehr und 30 zivile Angestellte sollen in der Kaserne stationiert werden, wie das Verteidigungsministerium am 21. September 2017 in der Antwort auf eine Anfrage³⁵ der Bundestagsabgeordneten Inge Höger (Die Linke) mitteilte. Hinzu kommt möglicherweise multinationales NATO-Personal, das dort ab 2020 im alltäglichen Betrieb des SOCC vor Ort sein könnte. Das Verteidigungsministerium behauptet zwar, eine Stationierung von Soldat_innen anderer Nationen sei nicht vorgesehen; für den Betrieb eines multinationalen NATO-Hauptquartiers werden vermutlich dennoch auch Führungskräfte anderer NATO-Mitgliedstaaten regelmäßig vor Ort sein, auch wenn diese dort nicht explizit dauerhaft stationiert sind. Bis 2020 soll die Kaserne mit umfangreicher IT und Fernmeldetechnik ausgestattet werden. Die neue Kompanie soll jedoch nicht dauerhaft in Hardheim stationiert sein. Es handle sich nur um eine Zwischenunterbringung. Über die Zielstationierung gebe es noch keine Entscheidung, so ein Bundeswehrensprecher.³⁶ Immer wieder



Bis 2020 soll die Kaserne mit umfangreicher IT und Fernmeldetechnik ausgestattet werden. Quelle: IMI

im Gespräch ist auch die Verlegung eines Panzerbataillons nach Hardheim, die sich einige Lokalpolitiker_innen erhoffen. Dies ist momentan jedoch eher unwahrscheinlich.³⁷ Das eigentlich aufgegebene und zum Teil bereits zivil genutzte Gelände wird nun somit wieder militärisch genutzt. Es erhält sogar eine für die NATO-Kriegsführung in aller Welt äußerst zentrale Funktion als multinationales Hauptquartier für Spezialeinsätze. Es stellt somit ein typisches Beispiel für die zweite Form von Gegenkonversion dar: die Reaktivierung aufgegebener Flächen, Liegenschaften und Ressourcen durch das Militär.

Die Politiker_innen aus der Region äußerten sich zur Rückkehr des Militärs nach Hardheim überwiegend positiv. Der Hardheimer Bürgermeister Volker Rohm (Freie Wähler) sprach von einem „erfreulichen Ergebnis“ und bedankte sich bei den Abgeordneten des Wahlkreises dafür, dass diese sich für eine Reaktivierung der Kaserne eingesetzt hätten. An erster Stelle ist hier der bereits oben erwähnte Bundestagsabgeordnete Alois Gering (CDU) zu nennen. Auch dieser äußerte sich sehr erfreut über die verhinderte Konversion: „Auch wenn der frühere Personalumfang noch nicht erreicht wird, hat der Standort wieder eine Perspektive [...] Die Entscheidung von Bundesministerin von der Leyen ist ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung - für Hardheim und die ganze Region ein Grund zur Freude!“ Die

Investitionssumme von 30 Millionen Euro in den letzten Jahren, der Übungsplatz mit Schießanlage und die gute Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung seien gute Argumente für Hardheim als Ort für den Aufbau des NATO-SOCC gewesen. Der Landrat Achim Brötel (CDU) äußerte sich noch euphorischer: „Unser Wunschtraum wird doch noch wahr!“ Er sei nicht nur glücklich, sondern vor allem auch sehr dankbar für diese „herausragende“ Nachricht. Im ländlichen Raum sei Konversion immer mehr Risiko als Chance.³⁸

Ein möglicher Grund für die Freude der Lokalpolitiker_innen über die Rückkehr der Bundeswehr könnte die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile für die Region durch den Erhalt der Kaserne sein. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass von einem NATO-Stab zur Führung von Spezialkräften nennenswerte wirtschaftliche Impulse für Hardheim ausgehen, da in der Gemeinde selbst keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Personal zur Leitung des SOCC wird aus aller Welt – nur nicht aus Hardheim – stammen. Auch von den IT-Neuinvestitionen wird Hardheim voraussichtlich nicht profitieren, weil diese meist an große Unternehmen, die nicht aus der Region stammen, vergeben werden. Und ob die geheim agierenden Führungskräfte der Spezialeinheiten die Kaserne – abgesehen von der An- und Abreise – überhaupt verlassen und der regionalen Gastronomie Gewinne bringen, darf bezweifelt werden.

Die Verhinderung einer zivilen Nutzung militärischer Liegenschaften scheint in der Gegend dennoch System zu haben. Unter dem Druck der lokalen Politikprominenz, die gebetsmühlenartig die wirtschaftliche Bedeutung der Bundeswehr betont, wird Konversion in der nahen Umgebung Hardheims immer wieder behindert. Im Umkreis von 15 Kilometern gibt es mehrere militärische Anlagen: Zwei Kilometer nördlich von Hardheim befindet sich der mit 550 Hektar relativ große Standortübungsplatz Wolferstetten mit dem gleichnamigen Übungsdorf, in welchem auch Häuserkampf trainiert werden kann. Etwas mehr als zehn Kilometer entfernt befindet sich die Nibelungen-Kaserne und der Standortübungsplatz Walldürn, wo ein Logistikbataillon stationiert ist. In knapp 15 Kilometern Entfernung liegt bei Altheim ein Munitionsdepot der Bundeswehr. Dieses sollte im Zuge des neuen Stationierungskonzepts zum 31. Dezember 2016 an die BImA übergeben werden. Die Schließung wurde jedoch „bis auf weiteres“ ausgesetzt.³⁹ Angaben der Verteidigungsministerin zufolge werde derzeit überprüft, ob das Munitionsdepot weiter genutzt werden soll, wobei das Ergebnis noch nicht feststeht.⁴⁰ Ähnlich äußerte sich von der Leyen auch zu einem Materiallager auf dem Wurmberg direkt bei Hardheim. Auch dieses soll nach bisherigem Stand geschlossen werden – allerdings erst 2019. Eine darüber hinaus gehende Nutzung durch die Bundeswehr wurde durch die Verteidigungsministerin wieder ins Gespräch gebracht.⁴¹

Im Fall des Materiallagers auf dem Hardheimer Wurmberg ist die Vorgeschichte besonders pikant: Der Unternehmer Maximilian Hollerbach, der mehrere mittelständische Unternehmen in der Region führt, hatte Interesse am Gelände des Bundeswehr-Materiallagers. Der Großteil der Hollerbach-Unternehmensgruppe ist auf einem ehemaligen US-Militärgelände bei Hardheim angesiedelt – ein Beispiel dafür, dass Konversion auch in Hardheim durchaus gelingen kann. Da dort der Platz nicht mehr ausreichte, trat er an die Bundeswehr heran, um das Areal auf dem Wurmberg zu kaufen – am besten schon vor 2019. Eine zivile Nutzung des Gebiets wäre also – entgegen der Behauptungen vieler Lokalpolitiker_innen – durchaus wirtschaftlich möglich gewesen. Die Bundeswehr zeigte sich jedoch nicht gesprächsbereit und möchte eine mögliche Konversion



Auf der Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim entsteht zur Zeit ein NATO-Hauptquartier für Spezialeinsätze. Quelle: IMI

sogar noch über das eigentlich angedachte Jahr 2019 hinaus verzögern oder verhindern. Nach mehrjährigen Bemühungen gab der Investor nun im August 2017 auf und gab in der Lokalzeitung bekannt: „Das Depot ist für uns kein Thema mehr!“.⁴² Eine Chance, das Gelände auf dem Wurmberg einer für die Region gewinnbringenden zivilen Nutzung zuzuführen, wurde somit vertan.

Dabei lagen eigentlich durchaus Pläne für eine Konversion der Bundeswehr-Liegenschaften vor. Es gab bereits ein Konversionsentwicklungskonzept. Dabei waren kaum Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorgesehen, weil der Bedarf nach Gewerbeflächen in der Region vorerst gedeckt war. Für die Carl-Schurz-Kaserne war eine Bildungseinrichtung zur Vorbereitung ausländischer Studierender auf ein Studium in Deutschland geplant. Für das Munitionsdepot in Altheim war eine Windkraftanlage als Anschauungsmaterial für die Studierenden oder eine Outdoor-Erlebniswelt für Familien angedacht. Letztendlich spekulierten die Lokalpolitiker_innen jedoch weiterhin auf eine Reaktivierung der Liegenschaften durch die Bundeswehr. Es wird deutlich, dass eine gewinnbringende zivile Nutzung möglich gewesen wäre, wenn sie gewollt gewesen wäre. Die Verantwortlichen hatten jedoch offenbar nur begrenztes Interesse, die militärischen Liegenschaften einer Konversion zuzuführen.

Auch aus der Bevölkerung vor Ort werden kaum kritische Stimmen laut. Es scheint, als hätten sich die Hardheimer_innen an eine Koexistenz neben der Bundeswehr gewöhnt. Eine Veränderung dieses Status quo führt in erster Linie zu Skepsis und Angst. Der Neckar-Odenwald-Kreis ist eine militarisierte Region, was auch Einfluss auf die alltäglichen Lebensumstände der Einwohner_innen hat. Strukturen, die eigentlich vom Staat (zivil) bereitgestellt werden, werden hier durch das Militär angeboten. Ein Beispiel hierfür sind die Sporthalle und der Sportplatz auf dem Gelände der Carl-Schurz-Kaserne. Über Jahre hatten die örtlichen Vereine die Möglichkeit, die Sportanlagen der Bundeswehr mit zu nutzen, was sie gern annahmen. Mit der vorübergehenden Stilllegung der Kaserne standen die Sportvereine, die bisher die

militärischen Sportanlagen mit nutzen, vor einem Problem. Die Halle wurde wegen ungeklärter Haftungsfragen und aus betriebswirtschaftlichen Gründen mit dem Auszug der Bundeswehr nicht mehr genutzt und stand leer. Regulärer Trainingsbetrieb war kaum noch möglich, da die dafür erforderliche Infrastruktur in der Hand der Bundeswehr war und voll und ganz auf diese ausgerichtet war. Es ist wenig verwunderlich, dass diese Sportvereine nun glücklich über die weitere Nutzung der Kaserne durch die Bundeswehr sind, da sie nun auch wieder in der Sporthalle trainieren können.⁴³

Doch nicht nur die Sportvereine, sondern auch die örtlichen Verbände des Technischen Hilfswerks (THW) und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) arbeiten häufig mit der Bundeswehr zusammen, wodurch enge Kontakte entstehen und die Akzeptanz des Militärs in der Gegend erhöht wird. Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit von Bundeswehr und DRK bei der Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen in der Carl-Schurz-Kaserne 2015. Neben der Bereitstellung von vier Gebäuden zur Unterbringung (s.o.) übernahm die Bundeswehr auch zivile Aufgaben, indem Soldat_innen zur Versorgung der Geflüchteten eingesetzt wurden. So kümmerte sich das Logistikbataillon aus Walldürn um die Verpflegung der Geflüchteten. Zunächst war diese Aufgabe vom DRK übernommen worden. In einem stetigen Prozess übernahm die Bundeswehr diese eigentlich zivile Aufgabe irgendwann komplett selbstständig. Das DRK honorierte die Zusammenarbeit und betonte, diese sei „sehr professionell“ gewesen.⁴⁴ Nun mag es einerseits gut sein, dass zur Bewältigung der immensen Aufgabe, die vielen Geflüchteten zu versorgen, alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt wurden und dass die Bundeswehr Essen für Geflüchtete kocht statt Krieg zu führen; andererseits könnten zivile Institutionen wie z.B. das DRK diese Aufgabe mindestens genauso gut erfüllen, wenn auch nur ein Teil der Gelder, die für die Bundeswehr ausgegeben werden, zur besseren Finanzierung dieser zivilen Institutionen eingesetzt würde. Hinzu kommt, dass durch diese Zusammenarbeit die Militarisierung ziviler Lebensbereiche normalisiert wird

und die Selbstdarstellung der Bundeswehr als Hilfsorganisation mit militärischen Zusatzfähigkeiten vermeintlich bestätigt wird.

Auch das THW scheint in Hardheim gute Kontakte zur Bundeswehr zu haben. Für einen Wettkampf der Bergungstruppen in Baden-Württemberg wurde 2012 der Standortübungsplatz Wolferstetten durch die Bundeswehr zur Verfügung gestellt. Die Übung mit Wettkampfcharakter wurde auch vom DRK und der Johanniter Unfallhilfe unterstützt. Auch in diesem Fall arbeitet die Bundeswehr eng mit zivilen Organisationen zusammen, wodurch Militarisation normalisiert und das eigene Image aufpoliert wird.

Faktoren wie die Mitnutzung der Sporthalle und des Standortübungsplatzes oder die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und zivilen Organisationen bei der Versorgung von Geflüchteten dürften in der Meinungsbildung gerade in ländlichen Regionen vor antimilitaristischen Erwägungen deutlich überwiegen. Ausgeblendet wird hierbei jedoch, dass im Falle einer Konversion, die stark auf Bürger_innenbeteiligung setzt, andere Lösungen für die Infrastrukturprobleme gefunden werden könnten und dann z.B. die Sporthalle direkt von der Gemeinde oder den Sportvereinen selbst verwaltet werden könnte, wodurch die Abhängigkeit von der Bundeswehr endlich beendet werden könnte. Die Bevölkerung hat sich jedoch schon derart daran gewöhnt, dass weite Teile ihres Lebens mit dem Militär verflochten sind, dass sie sich Alternativen nur schwer vorstellen kann. Ein Grund hierfür könnte sein, dass viele Einwohner_innen Hardheims selbst einen Bezug zur Bundeswehr haben, weil sie persönlich oder Familienmitglieder bei der Bundeswehr dienen oder gedient haben. Die Bundeswehr ist ständig präsent und positiv konnotiert. Die Militarisation des Alltags wird derart normalisiert, dass Konversion unattraktiv erscheint und deshalb verhindert wird.

Auch die Lokalpresse in Form der Rhein-Neckar-Zeitung trägt hier ihren Teil dazu bei, wenn sie in den einhelligen Chor der militaristisch-konservativen Politiker_innen aus der Region mit einstimmt und davon schwärmt, der Bundeswehrstandort Hardheim habe wieder eine Zukunft: „Die Hoffnungen auf einen Erhalt der Kaserne“ seien „doch nicht unbegründet“ gewesen.⁴⁵ Auch über den Besuch der Verteidigungsministerin von der Leyen in Hardheim⁴⁶ wird derart positiv und unkritisch berichtet, dass davon auszugehen ist, dass die Lokalredakteur_innen vor allem pro-militärisch eingestellt sind.

Kurz vor dem Einzug der neuen Einheit, die dem KSK unterstellt ist, gab es jedoch Proteste. Die Rhein-Neckar-Zeitung berichtet, es sei am 7. und 8. September im Rahmen einer Verlegetagung zu Störungen gekommen: „Krieg macht Terror‘ und ‚Nein zum KSK‘. Mit diesen Parolen haben Bundeswehrgegner am Donnerstag und Freitag in Hardheim für Unruhe gesorgt. Am Donnerstag blockierten sie auf der Panzerstraße einen Teil eines insgesamt 30 Fahrzeuge umfassenden Konvois der Bundeswehr. [...] Am Freitag wurde dann in Hardheim ein Flyer verteilt - und wohl vereinzelt auch in Briefkästen eingeworfen -, der sich explizit gegen das Kommando Spezialkräfte und gegen die Stationierung einer neuen Einheit der Bundeswehr in der Carl-Schurz-Kaserne richtet. [...] Die Ermittlungen des Staatsschutzes laufen.“⁴⁷ Es wird jedoch vermutet, dass die Protestierenden nicht aus der Region stammen. Kaum überraschend solidarisierte sich der Hardheimer Bürgermeister Volker Rohm umgehend reflexartig mit der Bundeswehr: „Hardheim stand schon immer zur Bundeswehr, und Hardheim steht auch weiterhin zur Bundeswehr.“⁴⁸ Alles in allem stehen die Aussichten auf eine Konversion der militarisierten Region damit eher schlecht.

Besonders problematisch ist die Reaktivierung der Carl-



Die leerstehende Carl-Schurz-Kaserne im September 2017. Quelle: IMI

Schurz-Kaserne auch deshalb, weil sie eine Art „Türöffner“ für andere Kommunen darstellt, denen eine Präsenz der Bundeswehr lieber als den Umstieg auf eine zivile Nutzung aufgegebener Kasernengelände ist. So hofft z.B. der Sigmaringer Bürgermeister Thomas Schärer auf eine Reaktivierung der ebenfalls im Zuge des Stationierungskonzepts 2011 aufgegebenen Graf-Stauffenberg-Kaserne. Die Stadt hatte der Bundeswehr die leerstehende Kaserne angeboten. Die Bundeswehr lehnte jedoch ab, weshalb die Konversion des Kasernengeländes bereits anläuft: bald wird dort eine IT-Firma einziehen.

4. Coleman-Areal in Mannheim

In Mannheim hingegen ist der Konversionsprozess bereits sehr weit fortgeschritten. Die US-Armee hatte bedeutende Teile der Stadt für lange Zeit militärisch genutzt. Die militärischen Sperrzonen, die sich teilweise auch sehr zentral im Mannheimer Stadtgebiet befanden, waren für Zivilist_innen nicht zugänglich und aus der Stadtentwicklung Jahrzehnte lang praktisch ausgeklammert. In einem Prozess, der 2010 begann und mehrere Jahre dauerte, zog das US-amerikanische Militär aus Mannheim fast vollständig ab und übergab die frei werdenden Flächen nach und nach der BimA, welche die Liegenschaften bis zur Entscheidung über eine weitere Nutzung verwaltete. Bislang gewann Mannheim dadurch etwa 300 Hektar neues Stadtgebiet, das nun zivil und für die Allgemeinheit gewinnbringend genutzt werden kann. Auf den ehemaligen Militärfeldern Benjamin Franklin Village, Taylor Barracks, Turley Barracks, Spinelli Barracks und Hammons Barracks entstehen und entstanden seit 2012 u.a. umfangreiche Grünanlagen, attraktive Gewerbeflächen, neue lebenswerte Wohnquartiere, Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete sowie drei Miethäusersyndikate, die den Bewohner_innen selbstverwaltetes und nachhaltig preiswertes Wohnen ermöglichen. Die

Konversionsflächen sind zudem Modellgebiete für nachhaltige Energienutzung und emissionsfreie Mobilität.

Das Besondere am Mannheimer Konversionsprozess ist die ernst gemeinte und umfassende Bürger_innenbeteiligung unter Miteinbeziehung möglichst aller Bevölkerungsgruppen. Hierfür wurde sogar eine Geschäftsstelle der Stadt Mannheim eingerichtet, die einem Beauftragten für Konversion unterstellt ist, und gemeinsam mit den Mannheimer Bürger_innen, die hierfür in die Rolle von Stadtplaner_innen schlüpfen, Pläne für eine zivile Nutzung der frei gewordenen Flächen erarbeitet. Im Gegensatz zum Fall Haiterbach sollten die Bürger_innen den Prozess nicht nur begleiten, sondern ihn gemeinsam mit der Stadt Mannheim tatsächlich lenken. Hierfür sollten – so das erklärte Ziel der Geschäftsstelle „Konversion“ – explizit möglichst alle Teile der Bevölkerung – unabhängig von Geschlecht, Generation oder Herkunft – miteinbezogen werden. Dies geschah z.B. durch bestimmte zielgruppenorientierte Workshops. So soll verhindert werden, dass Bevölkerungsgruppen, die wegen ihrer Bildung, ihrem Einkommen oder der ihr zur Verfügung stehenden Zeit privilegiert sind, mehr am Konversionsprozess teilhaben können als andere Gruppen, wie z.B. migrantisch geprägte Teile der Bevölkerung. Die Workshops dienen als Instrument, um der Unterrepräsentation von Gruppen, die durchschnittlich seltener als die Gesamtbevölkerung aus Eigeninitiative heraus an Beteiligungsangeboten teilnehmen, bei der Gestaltung der städtischen Zukunft Mannheims entgegenzuwirken. In einem jährlich erscheinenden Weißbuch werden die Beteiligung und der Konversionsprozess dokumentiert.⁴⁹ Die Beteiligungsangebote wurden von den Mannheimer_innen gut angenommen.

Einen Spezialfall stellt jedoch das mit 216 Hektar sehr große Coleman-Areal dar, welches sich im Norden Mannheims befindet. Es handelt sich dabei um die größte potenzielle Konversionsfläche in Mannheim. Das Militärgelände entstand 1935



Panzer auf dem Coleman-Areal in Mannheim. Quelle: U.S. Army

als Fliegerhorst der deutschen Luftwaffe. 1945 wurde es von der US-Armee besetzt und weiterhin militärisch genutzt. Das Coleman-Areal ist durch eine Schienenanbindung, den Rhein als Wasserstraße, die Autobahn A6 und den auf dem Gelände befindlichen Militärflughafen perfekt mit der umliegenden Infrastruktur verbunden. 2010 gab die US-Armee bekannt, sich aus dem Rhein-Neckar-Gebiet bis 2015 komplett zurückziehen zu wollen, was explizit auch das Coleman-Areal betraf. Die Rückgabe sollte im Februar 2015 erfolgen. Wie für die anderen Konversionsflächen wurden auch für das Coleman-Areal konkrete Ideen für eine zivile Nutzung gesammelt. Es gab konkrete Planungen für eine Geflüchtetenunterkunft, ein Naturschutzgebiet, ein Ökodorf, ein interaktives Geschichtsprojekt, einen Green Logistic Park, einen Naturerlebnispark und die Verbindung der Grünflächen auf Coleman mit Grünflächen anderer Stadtteile, um eine Frischluftschneise oder ein grünes Band mit Parkanlagen in bzw. um Mannheim zu schaffen. All diese Pläne konnten bisher nicht realisiert werden, da das US-Militär im Januar 2015 – also nur einen Monat vor der geplanten Übergabe der Liegenschaft – bekannt gab, das Gelände auf unbestimmte Zeit weiter nutzen zu wollen. Im Mai 2015 wurden wieder Einheiten auf Coleman stationiert. Vor allem jedoch wurde im großen Stil Kriegsgerät auf das Gelände geschafft. Während zunächst noch von einer Verzögerung des Abzugs die Rede war, gaben die US-Streitkräfte im Juni 2017 bekannt, das Coleman-Areal als „strategischen Ort“ dauerhaft, also nicht nur vorübergehend als Abstellplatz für Panzer, weiter betreiben zu wollen.⁵⁰ Die Konversion wurde also – trotz anderslautender Versprechungen der US-Armee und bereits bestehender Pläne zur Nachnutzung – effektiv dauerhaft verhindert, mindestens jedoch um Jahre verzögert.

Derzeit werden auf dem Coleman-Gelände 250 Panzer und 1000 andere Militärfahrzeuge gelagert und für einen Einsatz in Osteuropa gewartet und vorbereitet. Das Coleman-Gelände nimmt hierbei eine Funktion als Lagerstätte ein, von der aus schweres Kriegsgerät durch die gute Anbindung des Militärgeländes an das europäische Verkehrsnetz möglichst schnell nach Osteuropa und ins Baltikum verlegt werden kann, um dort in einem möglichen Krieg mit Russland innerhalb kurzer Zeit eingesetzt zu werden.⁵¹ Mannheim wird somit zur Drehscheibe für Kriegsgerät. Diese Vorhaben sind Teil des expansiven sogenannten European Activity Sets, mit dem die US-Armee in einem alle neun Monate rollierenden Verfahren ihre Präsenz im Baltikum und in Osteuropa ausbauen und das Kriegsgerät später in neue Kasernen in dieser Region verlagern will.⁵² Die angespannten Beziehungen zwischen der NATO und Russland werden sich dadurch sicher nicht verbessern. Auch eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ostukraine wird somit unwahrscheinlicher.

Legitimiert wird die militärische Weiternutzung des Coleman-Areals durch eben dieses angespannte Verhältnis zu Russland, den Anschluss der Krim an Russland und den fortwährenden Konflikt in der Ostukraine zwischen pro-russischen Separatist_innen und ukrainisch-nationalistischen Kräften. Aus dem ukrainisch-russischen Konflikt wird eine Gefahr für die baltischen Staaten, Polen und andere osteuropäische Staaten abgeleitet, der die NATO durch die Stationierung von Kampfverbänden in dieser Region begegnen müsse. Dass dadurch der Konflikt nicht entschärft wird, sondern durch eine Bedrohungssituation für Russland möglicherweise erst recht angefacht wird, findet in diesem Narrativ keine Erwähnung.

Heftig kritisiert wurde die Weiternutzung des Coleman-Areals vor allem durch die lokale Friedensbewegung. Vor allem das Mannheimer Friedensplenum und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

forderten immer wieder, die Coleman-Kaserne freizugeben und diese zivil zu nutzen. Sie verliehen ihren Forderungen Nachdruck, indem 2015 mehrere Spaziergänge um die Kaserne organisiert wurden, um das Geschehen auf dem Areal zu beobachten und kritisch zu begleiten. 2016 fand eine Ostermarsch-Aktion vor dem Coleman-Gelände statt. Diese wurde von einem Bündnis, das sich aus Friedensgruppen, Gewerkschaften sowie antikapitalistischen und antifaschistischen Gruppen zusammensetzte, unterstützt.⁵³ Geändert hat sich dadurch an der Situation jedoch nichts.

Obwohl die Stadt Mannheim wirklich versuchte, die Bürger_innen ernsthaft in den Konversionsprozess einzubinden und diese mitbestimmen zu lassen, konnte sie die Entscheidung über die entscheidende Frage, nämlich den Abzug der amerikanischen Streitkräfte, weder selbst treffen, noch diese den Bürger_innen überlassen. Ähnlich wie im Fall Haiterbach wurde diese Entscheidung nämlich nicht auf Kommunal- oder Landesebene getroffen, sondern auf Bundesebene bzw. letztendlich durch die US-Armee selbst. Wie genau diese Entscheidung ablief, ist nicht transparent. Von außen betrachtet wirkt es, als ob die US-Armee weitgehend frei selbst über den eigenen Abzug oder Nicht-Abzug entscheiden konnte. Trotz dem sehr kurzfristigen Abweichen von Vereinbarungen und selbst getroffenen Zusagen scheinen keine zähen Verhandlungen die Folge gewesen zu sein. Vielmehr wurde die Beibehaltung des Status Quo durch die Bundesregierung unhinterfragt hingenommen. Dadurch konnte die US-Armee letztendlich grundlegend in Fragen der Mannheimer Stadtplanung eingreifen und diese zum eigenen Vorteil mitbestimmen – ein bedeutendes Demokratiedefizit, das in militärischen Fragen allgemein (nicht nur, aber auch im Falle US-amerikanischer Streitkräfte) immer wieder auftaucht.

5. Fazit

Allgemein lassen sich – allein in Baden-Württemberg – mehrere aktuelle Fälle von Gegenkonversion finden. Dies umfasst nicht nur die Verzögerung von Konversion, sondern auch die komplette Verhinderung von geplanten Konversionsprojekten durch die Reaktivierung aufgegebener Liegenschaften. Eine besonders einschneidende Form der Gegenkonversion ist die Schaffung neuer Militärgelände auf bisher zivil genutzten Flächen, wie in Haiterbach vorgesehen. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist der Fall Haiterbach einzigartig.

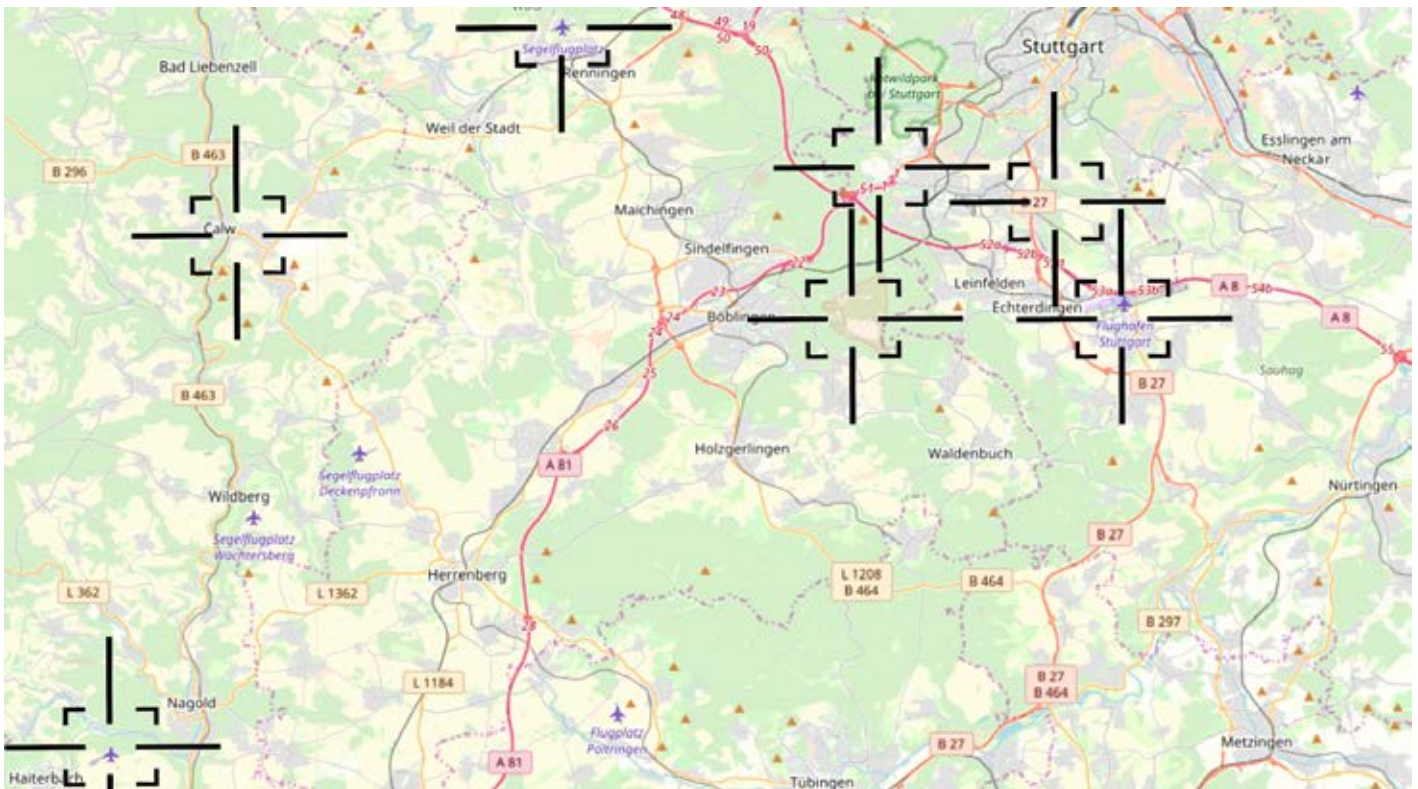
Bei den vorgestellten Beispielen für Gegenkonversion handelt es sich keineswegs um baden-württembergische Einzelfälle. Bundesweit gibt es noch zahlreiche weitere Fälle von Gegenkonversion und Wiederaufrüstung. Exemplarisch seien hier die Fälle der Rantzau-Kaserne in Boostedt, des Bundeswehr-Übungsplatzes in Jägerbrück sowie des Fliegerhorsts Landsberg/Lech bei Penzing genannt: Die Schließung der Rantzau-Kaserne im schleswig-holsteinischen Boostedt, in der bis dahin 2200 Soldat_innen und 120 zivile Angestellte stationiert waren, wurde 2011 im Zuge des neuen Stationierungskonzepts beschlossen. Nur das außerhalb gelegene Munitionslager sollte erhalten bleiben. Ähnlich wie bei den Fällen in Baden-Württemberg wurde die Kaserne zunächst in eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende umgewandelt. Eine tatsächliche Konversion fand jedoch bis jetzt trotz Bemühungen der Anwohner_innen nicht statt: Nicht nur das Munitionslager, sondern auch die Standortschießanlage und der Standortübungsplatz werden weiterhin durch die Bundeswehr genutzt. In die Standortschießanlage wird sogar weiterhin investiert.⁵⁴ Der Bundeswehr-Übungsplatz in Jägerbrück an der polnischen Grenze wurde 2013 – ebenfalls im Zuge

des neuen Stationierungskonzepts – vom Truppenübungsplatz zum Standortübungsplatz zurückgestuft, was mit einer drastischen Reduzierung des Personals und dem Umstieg von scharfer Munition auf Übungsmunition einher ging. Ende 2017 wurde er wieder zum Truppenübungsplatz hochgestuft. Begründet wurde die Aufwertung durch eine angeblich veränderte Sicherheitslage. Die Verteidigungsministerin betonte vor allem die vermeintliche Bedrohung für Deutschland durch Russland und den Islamischen Staat. Nun wird wieder scharf geschossen, andere NATO-Staaten wie z.B. Polen nutzen den Truppenübungsplatz ebenfalls und es wurden 90 zivile Mitarbeiter für Feuerwehr und Unterhaltung des Platzes eingestellt.⁵⁵ Zudem soll im Raum Köln/Bonn zukünftig ein NATO-Hauptquartier entstehen, das für Logistik und die schnelle Verlegung von Truppen und Material zuständig sein soll. Der genaue Ort ist noch unklar, aber die Schaffung eines neuen Militärgeländes oder die Reaktivierung bereits aufgegebener Liegenschaften ist sehr wahrscheinlich und ordnet sich in den momentanen Trend zur Gegenkonversion ein.⁵⁶ Ein Beispiel aus Bayern ist der Fliegerhorst Landsberg/Lech bei Penzing. Das dort stationierte Lufttransportgeschwaders 61 wurde am 31.12.2017 aufgelöst. Nun befinden sich dort noch 170 Soldat_innen, die den Stützpunkt räumen. Der Stützpunkt wird jedoch nicht wie geplant an die Gemeinde Penzing oder die Stadt Landsberg verkauft, sondern bleibt vorerst ungenutzt im Besitz der Bundeswehr. Die neue sicherheitspolitische Lage habe das Verteidigungsministerium bewogen, vorerst alle Konversionsverhandlungen anzuhalten, so die Augsburgener Allgemeine. So könnte eine mögliche Reaktivierung schnell und problemlos vollzogen werden.⁵⁷ Gegenkonversion ist also ein bundesweites Phänomen, das in den vergangenen vier Jahren immer häufiger zu beobachten ist. An den Beispielen für Gegenkonversion lässt sich die Wiederaufrüstung der Bundeswehr sowie der US-amerikanischen Standorte in Deutschland ablesen.

Gegenkonversion kann auch nur im Kontext der Wiederaufrüstung und Militarisierung verstanden werden. Die Wiederaufrüstung lässt sich neben der Verhinderung von Konversion und der Umwandlung ziviler Flächen in Militärgelände auch noch an

anderen Dingen feststellen: Nachdem die Zahl der Soldat_innen seit dem Ende des Kalten Krieges kontinuierlich gesunken war, werden nun erstmals wieder mehr Soldat_innen eingestellt. Ähnlich verhält es sich mit dem Verteidigungsetat: Dieser war lange auf einem Niveau von etwa 30 Milliarden stagniert und erhöhte sich in den letzten Jahren leicht. Nun werden massive Erhöhungen des Verteidigungsetats von fast allen im Bundestag vertretenen Parteien befürwortet. Die neue Finanzplanung des Bundes sieht bis 2021 eine Steigerung um insgesamt 8,3 Milliarden vor.⁵⁸ Bis 2024 sollen die Verteidigungsausgaben auf bis zu 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Dies wären mehr als 60 Milliarden Euro. Legitimiert wird diese Wiederaufrüstung oft durch die Ukraine-Krise und eine angebliche Bedrohung durch Russland, was sich an der Gegenkonversion in Mannheim gut veranschaulichen lässt. Durch die Beteiligung an zahlreichen Kriegseinsätzen wird die Bundeswehr, deren verfassungsgemäß vorgeschriebene Aufgabe eigentlich die Verteidigung ist, zunehmend zur Interventionsarmee umgebaut. Hierfür wird mehr Geld, mehr Personal und nicht zuletzt mehr militärische Fläche benötigt, was einen Teil der Erklärung für die aktuelle Gegenkonversion darstellt.

Zusammenhängend mit dem Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee lässt sich noch ein weiteres Muster erkennen: Der Einsatz von Spezialkräften hat in den letzten Jahren sowohl für die Bundeswehr als auch für die Streitkräfte anderer Staaten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dieser Bedeutungszuwachs wird sich in den kommenden Jahren voraussichtlich fortsetzen. Sichtbar wird dies im Fall dieser Studie an einem Ausbau der Stützpunkte mit Bezug zu Spezialkräften und der Schaffung neuer Stützpunkte, wie dem SOCC in Hardheim. Dabei lässt sich in Deutschland ein Muster erkennen: Kommandozentren, Ausbildungsorte und Militärstandorte von Spezialkräften verdichten sich in Baden-Württemberg, insbesondere im erweiterten Großraum Stuttgart. Neben den hier bereits vorgestellten (deutschen oder multinationalen) Stützpunkten in Calw und Hardheim sowie dem geplanten Militärflugplatz in Haiterbach sind dies vor allem US-amerikanische Stützpunkte: Das Special Operations Com-



Orte mit Bezug zu Spezialkräften. Von links: Segelflugplatz Haiterbach, Graf-Zeppelin-Kaserne Calw, Absprunggelände Renningen-Malmsheim, Panzerkaserne Böblingen, SOCEUR Vaihingen, SOCAFRICA Möhringen, Stuttgart Army Field. Quelle: IMI

mand Europe (SOCEUR) in Vaihingen, das Special Operations Command Africa (SOCAFRICA) in Möhringen auf den Fildern, sowie das 1st Bataillon der 10th Special Forces Group, welches in der Panzerkaserne in Böblingen stationiert ist. Außerdem wird der militärische Teil des Stuttgarter Flughafens, das Stuttgart Army Field, vom US Army Special Operations Command betrieben, um militärische Truppen- und Frachttransporte durchzuführen. In der Staufer-Kaserne in Pfullendorf ist zudem die Fernspähkompanie 200 stationiert, die wie das KSK der Division Schnelle Kräfte angehört. An diesem Standort befindet sich auch das Ausbildungs- und Übungszentrum für spezielle Operationen. Dort werden spezialisierte Kräfte aus neun Nationen aus- und weitergebildet, u.a. auch die Soldat_innen des KSK.⁵⁹ Die zunehmende Bedeutung von Spezialeinheiten lässt sich vor allem zurückführen auf die flexible und auch offensive Einsetzbarkeit von Spezialeinheiten, die Möglichkeit, diese geheim und ohne kritische Öffentlichkeit in Kriegsgebieten einzusetzen und deren militärische Fähigkeiten, die sie für unübersichtliche Situationen und asymmetrische Kriege gegen schwächer ausgerüstete, unkonventionell agierende Gegner_innen prädestinieren. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Verdichtung von Stützpunkten mit Bezug zu Spezialkräften ist es aus militärischer Sicht logisch, dass neue Stützpunkte, wie das NATO-Hauptquartier für Spezialeinsätze oder das Absprunggelände des KSK sich auch in diesem militärischen Ballungsraum befinden sollen.

Trotz vieler Ähnlichkeiten gibt es Unterschiede zwischen den drei beschriebenen Fällen. Während sich Calw / Haiterbach und Hardheim im ländlichen Raum befinden, ist Mannheim eindeutig urban geprägt. Vor allem in der Legitimation der Gegenkonversion und in der Reaktion der Bevölkerung vor Ort lassen sich Unterschiede erkennen, die ein gewisses Stadt/Land-Gefälle aufweisen. In Haiterbach wurde anfangs versucht, die Legitimation für das neue Militärgelände nicht auf einer politisch-ethischen Ebene herzustellen, sondern eher auf der pragmatischen Ebene eines „Kuhhandels“: Im Tausch für Unannehmlichkeiten durch das Militärgelände und Übungsflüge hofften der Bürgermeister und weite Teile des Gemeinderats auf Ausgleichszahlungen und Infrastrukturprojekte durch Bund und Land. In Kombination mit der vorgespülten „Beteiligung“ der Bürger_innen hofften die Verantwortlichen, dies wäre ausreichend, um die Haiterbacher_innen zu überzeugen. Nachdem dies fehlgeschlagen war, lassen sich kaum noch Legitimationsversuche feststellen. Vielmehr versuchen Bund und Land, das Militärgelände einfach gegen den Willen der Bevölkerung zu realisieren. Auch im ebenfalls ländlichen Hardheim wird die Legitimation für die Reaktivierung der Carl-Schurz-Kaserne weniger politisch-ethisch hergestellt, sondern durch vermeintliche Vorteile für die Wirtschaft einerseits und andererseits den Verweis darauf, der Neckar-Odenwald-Kreis sei „schon seit jeher ein stolzer Garnisonslandkreis gewesen“.⁶⁰ Außerdem spielten banale Argumente wie die Mitnutzung von militärischen Sportanlagen für Zivilist_innen eine Rolle. Akzeptanz für das NATO-Hauptquartier wird also zum einen durch den pragmatischen Verweis auf eigene (wirtschaftliche) Vorteile und zum anderen durch Äußerungen, die eher die Identität und die Gefühlswelt der Bürger_innen ansprechen, geschaffen. Die ethische und politische Dimension von Militär ließen die Politiker_innen in beiden Fällen aus – vermutlich bewusst. In Mannheim hingegen wurde nicht viel Wert auf die Herstellung von Legitimation gelegt. Das einzige Argument für die Aussetzung der Konversion war jedoch eher (geo-)politischer Natur: Wegen einer möglichen Konfrontation mit Russland müsse schweres Kriegsgerät in Mannheim bereit gehalten werden, um

die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Dadurch wurde der Raum für eine politische Diskussion über den Sinn und Unsinn von militärischer Aufrüstung und die ethischen Implikationen von Krieg wenigstens geschaffen, was in Haiterbach und Hardheim bis dato nicht der Fall ist. Ob der Unterschied in der Form der Legitimation zwischen dem urban geprägten Mannheim und den ländlich geprägten Standorten Hardheim und Haiterbach tatsächlich auf die Variable Stadt/Land oder auf die Variable Bundeswehr/US-Armee zurückzuführen sind, müssten nachfolgende Studien klären.

Auch bei der Art der Proteste gab es deutliche Unterschiede. In Haiterbach ist die BI wichtigster Akteur gegen das neue Militärgelände. Mit dem Versuch, das Militärgelände durch einen Bürgerentscheid zu verhindern, wird ein legalistischer Weg gewählt. Der Protest wird vor allem von den Bürger_innen Haiterbachs selbst getragen. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Bundeswehr und Militär an sich findet bislang nicht statt. Vielmehr entzündete sich der Widerstand an Themen wie Fluglärm, dem Verlust wichtiger Ackerflächen, Naturschutz und dem Gefühl, nicht gehört zu werden. In Hardheim hingegen gab es seitens der Bevölkerung vor Ort keinerlei wahrnehmbaren Protest. Kurz vor der Verlegung der neuen KSK-Unterstützungseinheit, die das SOCC aufbauen soll, gab es Proteste und eine Blockade auswärtiger Bundeswehrgegner_innen. Dieser Protest war offenbar antimilitaristisch motiviert. Der Protest gegen die Weiternutzung des Coleman-Areals in Mannheim war ebenfalls klar antimilitaristisch motiviert und wurde von den lokalen Friedensgruppen getragen. Diese konnten zum Ostermarsch 2016 durch gute Vernetzung auch landesweit Kriegsgegner_innen mobilisieren.

Die Strategie der politisch Verantwortlichen, die Diskussion über die Gegenkonversion von Militärfeldern in den ländlichen Regionen auf einer pragmatisch-banalen Ebene zu führen scheint somit ein Stück weit aufgegangen zu sein. In Hardheim scheinen die Bürger_innen die Reaktivierung der Kaserne zu akzeptieren. In Haiterbach gibt es Protest. Dieser richtet sich in erster Linie gegen die Ortswahl des Absprunggeländes, nicht jedoch gegen Krieg und Militär prinzipiell. Kritik an der Bundeswehr oder den US-Spezialkräften kommt in der öffentlichen Debatte kaum zur Sprache.

Wenn die Debatte über neue Flächen für das Militär, auf denen das möglichst effiziente Töten geübt bzw. koordiniert werden soll, nur Themen wie Lärm, bedrohte Vogelarten, die Mitnutzung der Sporthalle, wirtschaftliche Vorteile oder die wirtschaftliche Machbarkeit von Konversion beinhaltet, könnte man in Anlehnung an Hannah Arendt („Die Banalität des Bösen“) gewissermaßen von einer „Banalisation des Militärischen“ sprechen. Hannah Arendt beschäftigte sich mit dem Holocaust und beschrieb die kleinteilige Zerlegung der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie, welche dazu geführt habe, dass dieses große Verbrechen in viele kleine Routinehandlungen zerlegt worden sei, wodurch moralisch begründete Proteste, aber auch ein Unrechtsbewusstsein seitens der Täter_innen unterbunden worden seien. Der Holocaust war ein einzigartiges Verbrechen, das somit in seiner Schwere mit heutigen militärischen Verbrechen nicht vergleichbar ist. In der Vorgehensweise, z.B. bei der Umsetzung (kleinteilige, automatisierte Zerlegung in Routinehandlungen), dem Ausblenden des Unrechts oder der Banalisierung des Verbrechens lassen sich jedoch Parallelen feststellen. Die vermeintlich banale Alltäglichkeit von Kriegsvorbereitungen (z.B. Abprüngeübungen), aber auch die banalisierte Diskussion über die wirtschaftliche Machbarkeit von Abrüstung verstellen den Blick auf das ebenfalls alltägliche Unrecht, das das Militär weltweit verursacht.



Protest gegen das NATO-Hauptquartier in Hardheim. Quelle: IMI

Diese Banalisierung des Militärischen scheint momentan – vor allem im ländlichen Raum – zu funktionieren. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Friedensbewegung gerade an diesen von Gegenkonversion und Aufrüstung betroffenen Orten den antimilitaristischen Diskurs wieder einbringt und v.a. argumentativ interveniert. Lokale Zusammenschlüsse wie die BI in Haiterbach könnten ihren Mobilisierungsgrad und ihre Wahrnehmung in der überregionalen Öffentlichkeit steigern, indem sie sich klarer antimilitaristisch positionieren und den Schulterschluss mit der bundesweit vernetzten Friedensbewegung wagen. Ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen einer eher lokal verankerten BI und europaweit agierenden antimilitaristischen Gruppen stellt das alljährlich stattfindende War Starts Here-Camp mit Workshops und Aktionen gegen das Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr in der Colbitz-Letzlinger Heide in der Nähe von Magdeburg dar.⁶¹

Allgemein fällt auf, dass Militärkritiker_innen und Anwohner_innen im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Partizipationselemente praktisch keine Möglichkeiten haben, Gegenkonversion zu verhindern: die Scheinbeteiligung der Haiterbacher_innen klammerte wichtige Fragen von Anfang an aus. Doch auch die ernst gemeinten Beteiligungsangebote der Stadt Mannheim konnten ein Verbleiben der US-Armee auf dem Coleman-Areal nicht verhindern. Die Mannheimer_innen hatten keine Möglichkeit, in dieser Frage mitzubestimmen. Sie konnten lediglich über eine Nachnutzung im (mittlerweile zunehmend unwahrscheinlichen) Fall eines Abzugs der US-Armee entscheiden.

Da die Beteiligungsangebote eine Mitbestimmung über die elementare Frage „Militärgelände: ja oder nein?“ nicht zuließen,

versuchte die BI in Haiterbach, diese Frage durch einen Bürgerentscheid zu klären. Dieser ist in den Augen des Verteidigungsministeriums und der Landesregierung jedoch rechtlich nicht bindend. In der Debatte über Militärgelände lässt sich somit ein Demokratiedefizit feststellen. Von einer angeblichen „Politik des Gehörtwerdens“ Kretschmanns spüren die Betroffenen wenig.

Doch auch auf Bundesebene scheint die Entscheidung für die Reaktivierung von eigentlich aufgegebenen Liegenschaften der Bundeswehr schon längst gefallen zu sein. Im Koalitionsvertrag der neuen Großen Koalition vereinbarten SPD und Union: „Vor einer endgültigen Abgabe von Liegenschaften der Bundeswehr werden wir vor dem Hintergrund der Trendwenden [Personal, Material, Finanzen] jeweils noch einmal den zukünftigen Bedarf prüfen. Unseren Bedarf werden wir auch in Hinblick auf Liegenschaften prüfen, deren Abgabe bereits vollzogen ist.“⁶²

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. 2011.
- 2 Alfredo Paloyo, Colin Vance, Matthias Vorell: The Regional Economic Effects of Military Base Realignment and Closures in Germany. Ruhr Economic Papers 181. 2010, S. 12. Übersetzung aus dem Englischen: Alexander Kleiß Originaltext: „[...] in Germany, base closures hardly made a dent on the local economy. Base closures that happened as part of the modernization of the German armed forces beginning in 2003 have had no significant socioeconomic impact on its surrounding community.“
- 3 Ebd., S. 13. Übersetzung aus dem Englischen: Alexander Kleiß Originaltext: „In the conversion and reuse of these bases, new

- employment is generated and those who lost their jobs may be re-employed, which mitigates the negative impacts of base closures. These new (civilian) development projects presumably also induce a substantial increase in tax revenue [...]“
- 4 Der Großteil der KSK-Soldat_innen ist männlich. Als Kommando-Soldaten wurden bisher nur Männer aufgenommen. 50 weibliche Soldatinnen sind in den Unterstützungskompanien (z.B. als technische Spezialistinnen) aktiv. Doch auch in diesem Bereich sind sie deutlich unterrepräsentiert. Sabine Siebold: [So laufen die geheimen Einsätze der deutschen Elitetruppe](#). Welt. 16.12. 2015.
 - 5 Bundesministerium der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. 2011.
 - 6 Florian Rötzer: [Sonderkommando KSK ist mit gezielten Tötungen in Afghanistan beschäftigt](#). Telepolis. 17.8. 2010.
 - 7 Vgl. Thomas Mickan: Unkontrollierte Gewalt. Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte. [IMI-Analyse 2016/36](#).
 - 8 Ebd.
 - 9 Alfred Verstl: [Gewerbeverein zeichnet KSK aus](#). Schwarzwälder Bote. 11.1. 2017.
 - 10 Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung! [IMI-Standpunkt 2017/026](#).
 - 11 Alfred Verstl: [Gewerbeverein zeichnet KSK aus](#). Schwarzwälder Bote. 11.1. 2017.
 - 12 Bundesministerium der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr in Deutschland. 2011.
 - 13 Alfred Verstl: [Gewerbeverein zeichnet KSK aus](#). Schwarzwälder Bote. 11.1. 2017.
 - 14 Roland Buckenmaier: [KSK-Platz: „Enteignung letztes Mittel“](#). Schwarzwälder Bote. 5.8. 2017.
 - 15 Hans-Jürgen Hölle: [Nicht nur bauliche Veränderungen beim KSK](#). Schwarzwälder Bote. 2.9. 2016; Alfred Verstl: [Bundeswehr investiert in KSK-Trainingszentrum](#). Schwarzwälder Bote. 25.8. 2014; Ralf Klormann: [Beim KSK gibt es keinen Stillstand](#). Schwarzwälder Bote. 1.9. 2017.
 - 16 Roland Kaiser: [„Black Star“ soll Ausnahme bleiben](#). Alles-Lausitz.de. 20.11. 2017.
 - 17 Pressemitteilung und Infoblatt der Bürgerinitiative „Kein Fluglärm über Haiterbach und für einen Bürgerentscheid“: Was ist los in Haiterbach? 2017.
 - 18 [Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Fragen und Antworten zum Absprunggelände](#).
 - 19 Markus Katzmaier: [Sorge um Tier- und Pflanzenwelt](#). Schwarzwälder Bote. 8.9. 2017.
 - 20 Roland Buckenmaier: [KSK-Absetzgelände: Für Bauern geht es um die Existenz](#). Schwarzwälder Bote. 13.7. 2017.
 - 21 [Beteiligungsportal Baden-Württemberg. Ihre Meinung](#).
 - 22 Markus Katzmaier: [Bürgerentscheid: Nein zu KSK-Absetzgelände](#). Schwarzwälder Bote. 25.09. 2017
 - 23 Stuttgarter Zeitung: [Haiterbach. Protest gegen KSK-Fallschirmjäger](#). 28.2. 2018.
 - 24 Schwarzwälder Bote: [Umweltprüfung erfolgt für mehrere Standorte](#). 28.7. 2017.
 - 25 Stuttgarter Zeitung: [Haiterbach. Protest gegen KSK-Fallschirmjäger](#). 28.2. 2018.
 - 26 Vgl. [Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Fragen und Antworten zum Absprunggelände](#).
 - 27 Patrizia Nanz/Miriam Fritsche: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn 2012: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 12 f.
 - 28 [Beteiligungsportal Baden-Württemberg: Haltung und Informationen der Kommunen](#)
 - 29 Vgl. Internetpräsenz des Landes Baden-Württemberg: [Politik des Gehörtwerdens ist der richtige Weg](#). 2015.
 - 30 [Internetpräsenz der Gemeinde Hardheim: Handel, Gewerbe und Wirtschaft](#).
 - 31 Rüdiger Busch: [Bundeswehr macht Schließung der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne rückgängig](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12. 2016.
 - 32 Rüdiger Busch: [Mit einer Feierstunde endete die Geschichte der Garrison Hardheim](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12. 2015.
 - 33 Rüdiger Busch: [Bundeswehr macht Schließung der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne rückgängig](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12. 2016.
 - 34 Rhein-Neckar-Zeitung: [Ursula von der Leyen im RNZ-Gespräch. „Es gab überzeugende Argumente für Hardheim“](#). 13.9. 2017.
 - 35 Antwort auf die schriftliche Frage 9/166 der Bundestagsabgeordneten Inge Höger. 21.9. 2017.
 - 36 Rüdiger Busch: [Wieder Soldaten in Hardheim. Die neue Einheit ist direkt dem KSK unterstellt](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 28.9. 2017.
 - 37 [Ursula von der Leyen im RNZ-Gespräch. „Es gab überzeugende Argumente für Hardheim“](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 13.9. 2017.
 - 38 [Reaktionen auf Erhalt der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12. 2016.
 - 39 Rüdiger Busch: [Haben die Bundeswehr-Depots doch noch eine Zukunft?](#) Rhein-Neckar-Zeitung. 13.9. 2017.
 - 40 [Rhein-Neckar-Zeitung: Ursula von der Leyen im RNZ-Gespräch. „Es gab überzeugende Argumente für Hardheim“](#). 13.9. 2017.
 - 41 Ebd.
 - 42 Rhein-Neckar-Zeitung: [Pläne für das Materiallager endgültig vom Tisch](#). 18.8. 2017.
 - 43 Rhein-Neckar-Zeitung: [Hardheimer Bundeswehrhalle steht wieder zur Verfügung](#). 12.02. 2017.
 - 44 DRK Walldürn: [Flüchtlingshilfe 2015 Hardheim](#). 2015.
 - 45 Rhein-Neckar-Zeitung: [Bundeswehr-Standort Hardheim hat eine Zukunft: Soldaten kehren in die Kaserne zurück](#). 12.12. 2016.
 - 46 Rhein-Neckar-Zeitung: [Die Ministerin wurde begeistert empfangen. 400 Gäste und begeisterter Applaus in der Erftalhalle](#). 15.09. 2017.
 - 47 [Rhein-Neckar-Zeitung: Staatsschutz ermittelt nach Aktionen von Bundeswehrgegnern](#). 12.09. 2017.
 - 48 Ebd.
 - 49 [Homepage Konversion Mannheim: Bürgerbeteiligung](#).
 - 50 Mannheimer Morgen: [Coleman-Wende überrascht Stadt](#). 17.7. 2017.
 - 51 Dass das Kriegsgerät für einen Krieg in (Ost-)Europa vorbereitet wird, lässt sich u.a. daran erkennen, dass die Panzer und andere Fahrzeuge von gelb (Wüste) auf grün (europäische Wälder) umlackiert wurden.
 - 52 MRN-News: [Mannheim – Friedensplenum und DFG-VK rufen zu einer Ostermarsch-Aktion vor der Coleman-Kaserne auf](#). 23.3. 2016.
 - 53 Ebd.
 - 54 Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag: [Mehr Sicherheit für Schießanlage](#). 27.9.2017; Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag: [Boostedt: Die Soldaten sind weg](#). 18.12.2015.
 - 55 NDR: [Jägerbrück wird wieder Bundeswehr-Großübungsplatz](#). 23.08.2016; NDR: [Jägerbrück wird zum Truppenübungsplatz hochgestuft](#). 23.11.2017.
 - 56 Zeit Online: [Deutschland errichtet neues NATO-Hauptquartier](#). 14.2.2018.
 - 57 Augsburger Allgemeine: [Bundeswehr gibt Fliegerhorst Penzing nicht ab](#). 9.3.2017.
 - 58 Tagesschau.de: [Verteidigungshaushalt. Wohin mit den Milliarden?](#) 15.03.2017.
 - 59 Helmut Michelis: Adler und Schwert. Die Division Spezielle Operationen. 2008.
 - 60 Rüdiger Busch: [Bundeswehr macht Schließung der Hardheimer Carl-Schurz-Kaserne rückgängig](#). Rhein-Neckar-Zeitung. 14.12. 2016.
 - 61 [Homepage des War Starts Here-Camp](#)
 - 62 [Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD](#). 7.2.2018.

NEUE IMI-BROSCHÜRE:

KRIEG IM INFORMATIONSRaum ZUM 21. KONGRESS DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG

72 S., 5€

MÄRZ 18

IMI-ONLINE.DE



Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

